



Evangelische Akademie Villigst im
Institut für Kirche und Gesellschaft
Evangelische Kirche von Westfalen



Das Ende der europäischen und globalen Friedensordnung?

The End of the European and Global Peace Order?

30. März - 1. April 2023

Evangelische Akademie Villigst in Kooperation mit der
Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)

Hotel Christophorus, Ev. Johannesstift, Berlin-Spandau

Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ist das Gleichgewicht der europäischen und globalen Friedensordnung nachhaltig und eindrucksvoll aus den Fugen geraten. Aktuelle sich überschneidende und multiple Krisen haben komplexe Interdependenzen deutlich werden lassen, insbesondere im Bereich Energiesicherheit, und reziprok zur globalen Klimakrise, auf die Ernährungssicherheit des Globalen Südens. Hat der Krieg in der Ukraine die „Zeitenwende“ ausgelöst? Bedeutet der Krieg in Europa das Ende der europäischen und globalen Friedensordnung? Vieles deutet daraufhin, dass Militärpolitik und ein spezifisches, vorwiegend staatszentrisches Verständnis von Sicherheit wieder zunehmend den globalen, aber auch europäischen Diskurs dominieren. Gleichzeitig üben Russland und andere Akteure Kritik an einem liberalen Verständnis von Weltordnung und finden dafür Unterstützung, insbesondere im Globalen Süden.

Die Evangelische Akademie Villigst und die Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) laden Sie herzlich nach Berlin Spandau ein, um gemeinsam die Herausforderungen für die europäische und globale Friedensordnung und ihre Zukunft zu diskutieren. Die Friedens- und Konfliktforschung ist mehr denn je gefragt, die Folgen des Krieges in Europa für andere Regionen der Welt, aber auch für die internationale regelbasierte Ordnung zu reflektieren und hierbei ihre Erkenntnisse für die politische Ausgestaltung der Friedenspolitik Europas beizusteuern.

Es laden Sie herzlich ein

Simone Wisotzki, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung,
1. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung

Uwe Trittman, Studienleiter, Evangelische Akademie Villigst

Gefördert durch:



Die Evangelische Akademie Villigst
ist Mitglied der Evangelischen
Akademien in Deutschland e.V.



Deutsche
Stiftung
Friedensforschung
german foundation for peace research

Guide (Stand: 27.03.2023)

Donnerstag, 30. März 2023

bis 13:30 Uhr Anreise und Kaffee/Tee/Kuchen

14:00 - 14:30 Uhr **Begrüßung und Einführung**

Uwe Trittman, Studienleiter, Evangelische Akademie Villigst, Schwerte
Simone Wisotzki, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M. 1. Vorsitzende der AFK

14:30 – 16:00 Uhr SLOT 1: Fünf parallele Panels

(1) Panel: Deutungskämpfe im Übergang: Eine historische, diskursive, und reflexive Perspektive

Chair: *Jan Sändig*, Universität Bayreuth

Description: Gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse führen oftmals zu scharfen Auseinandersetzungen, die wir als Deutungskämpfe im Übergang erfassen. Sei es die vieldiskutierte „Zeitenwende“, die Aufarbeitung des Kolonialismus oder der Staatszerfall von Jugoslawien – in solchen Situationen deuten Menschen die Vergangenheit und suchen die „alten“ Werte, Normen und Politiken zu bewahren oder aber den Wandel voranzutreiben. Indem die Vergangenheit thematisiert wird, verhandeln die Beteiligten Machtgewinne in der Gegenwart und Wege der Gestaltung der Zukunft. Diese Konflikte können eskalieren, bergen aber auch die Chance, darüber Frieden zu konsolidieren. Das Panel betrachtet solche Deutungskämpfe im Übergang anhand von Fallbeispielen verschiedener Weltregionen. Der Forschungszugang ist historisch, diskursiv und reflexiv: wir untersuchen Konfliktverläufe und fragen, nach der Rolle von Deutungen der Vergangenheit für gewaltsame und andere Formen des Konfliktaustrags. Zugleich betrachten wir kritisch, wie die wissenschaftliche Positionierung und gängige Konfliktanalysen selbst zur Konfliktodynamik beitragen können. Damit dockt das Panel an das Tagungsthema an: im Zentrum stehen theoretische Reflexion, Interdependenz von Konflikten, Normen und Diversität sowie die Suche nach der Friedensordnung. Darüber hinaus stellt das Panel den neugegründeten Forschungsverbund „Deutungskämpfe im Übergang“ vor, um zugleich zu einer kritischen Diskussion dieses Forschungszugangs einzuladen.

Contributions: *Christian Methfessel*, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin – Der Zerfall Jugoslawiens und die deutsche Politik: Deutungskämpfe um territoriale Integrität, Selbstbestimmungsrecht und Gewaltfreiheit in einer Zeit der Übergänge

Abstract: Die Reaktion der Bundesrepublik auf den Zerfall Jugoslawiens, insbesondere das deutsche Eintreten für eine frühzeitige Anerkennung Sloweniens und Kroatiens, war schon zeitgenössisch umstritten. Bis heute wird diskutiert, ob die deutsche Politik zum Ausbruch der Gewalt in der Krisenregion beigetragen hat. Ziel dieses Vortrags ist es nicht, die Schuldfrage erneut zu stellen, sondern stattdessen auf Basis der inzwischen zugänglichen Akten des Auswärtigen Amtes und der Bundestagsprotokolle die Deutungsrahmen herauszuarbeiten, die den deutschen Reaktionen zugrunde lagen. Da der Zerfall Jugoslawiens mit dem Ende des Kalten Kriegs zusammenfiel, waren die Deutungen der Jugoslawienkrise eng mit der Debatte über die Zukunft Europas verbunden. Der Vortrag richtet den Blick auf die Friedenskonzepte, die in diesem Zusammenhang zum Vorschein kamen, und hier insbesondere auf die damit einhergehenden Bezugnahmen auf die europäische Geschichte: einerseits die Behauptungen,

dass sich Jugoslawien noch in einem vergangenen Zeitalter (dem 19. Jahrhundert, der Zwischenkriegszeit, dem Stalinismus) befinde bzw. in dieses zurückfalle; andererseits die Verweise auf die eigene Vergangenheit (die europäische Integration, der KSZE-Prozess, die deutsche Wiedervereinigung). Der Vortrag zeigt damit, wie Deutungen der europäischen Vergangenheit die in Gesprächen mit jugoslawischen Politikern stets wiederkehrenden Ermahnungen zu einer gewaltfreien Konfliktlösung prägten.

Christina Pauls, Universität Augsburg – Epistemische Rissbildung im Rahmen von postkolonialer Erinnerung: Zum Potential künstlerischer Interventionen

Abstract: Der Beitrag konzeptualisiert Deutungskämpfe als epistemische Kämpfe (vgl. Icaza/Vazquez 2013) auf Basis post- und dekolonialer Theoriebildung und zieht dafür insbesondere künstlerische Interventionen im öffentlichen Raum heran. Solche Interventionen adressieren nicht nur die materielle und politische, sondern vor allem die epistemische Dimension der bestehenden Ordnung, die aber allesamt konstitutiv miteinander verflochten sind. Dies geschieht am Beispiel postkolonialer Erinnerung im urbanen Raum, die sich gegen diverse epistemische Gewaltformen richtet, die Monumenten, Straßennamen und öffentlichen Plätzen eingeschrieben sind. In der Konzeptualisierung werden Zusammenhänge zu epistemischer und ontologischer Gewalt hergestellt, und die Potentiale dekolonialer Interventionen als Formen „epistemischer Rissbildung“ (fissure) ausgelotet. Anhand einiger ausgewählter Beispiele im Kontext postkolonialer Erinnerung der vergangenen Jahre wird abschließend beleuchtet, auf welche Weise sie neue zeitliche und räumliche Arrangements von Wissen und Gedächtnis schaffen.

Daniel Stahl, Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg-Erlangen – „Unser eigenes Nürnberg“: Deutsch-argentinische Deutungskämpfe um Frieden und Gerechtigkeit

Abstract: Nürnberg wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts weltweit zu einer Chiffre für eine Friedensstrategie, in deren Mittelpunkt die strafrechtliche Aufarbeitung von Gewaltverbrechen aus Kriegen stand. Diese Strategie galt vielen als Gegenmodell zur Versöhnung. Das deutet nicht nur die Formel von der Siegerjustiz an, unter der Jurist*innen in Deutschland noch bis in die 1980er Jahre hinein die Nürnberger Prozesse verhandelten. Der südafrikanische Bischof Desmond Tutu erklärte 1998, dass die „Option Nürnberg“ in der Post-Apartheid-Gesellschaft den Versöhnungsprozess gefährdet hätte. In Argentinien hingegen befand Richter Gabriel Cavallo 2003, dass Versöhnung nicht ausreiche. Die Auseinandersetzung mit den Verbrechen aus dem „schmutzigen Krieg“ der Militärjunta (1976-1983) erfordere „unser eigenes Nürnberg“. Der Vortrag betrachtet solche Bezugnahmen auf Nürnberg aus dem Globalen Süden am Beispiel Argentiniens und untersucht transatlantische Wechselwirkungen, die sich im Zuge von Deutungskämpfen um Friedensstrategien entfalteten. Einerseits frage ich, wie die Berufung auf Nürnberg die Deutung der zurückliegenden Gewalterfahrung und des Übergangs zur Demokratie in Argentinien veränderte und welche konkreten Handlungsmuster unter Berufung auf das europäische Vorbild vorgeschlagen und umgesetzt wurden. Auf der anderen Seite nehme ich den Wandel in Deutschland in den Blick, wo die Siegerjustiz-Interpretation ab den 1980er Jahren an Überzeugungskraft verlor und die Nürnberger Prozesse zunehmend als essenzieller Beitrag zur Befriedung Europas verstanden wurden. Inwiefern haben die Debatten des Globalen Südens die Deutung des europäischen Friedensprozesses nach 1945 verändert?

(2) Panel: Dealing with conflicts in Past and Present
Chair: *Timothy Williams*, Bundeswehr Universität München

Contributions: *Miriam Tekath & Eva Froneberg*, Philipps-Universität Marburg – Student Associations and the Navigation of Higher Education Policies of Dealing with the Past

Abstract: Recent discussions in the field of peacebuilding and reconciliation consider universities as a space in which past and present conflict dynamics can be addressed. However, universities are dependent on political approaches of dealing with the past and corresponding higher education policies, ranging from ignoring to addressing violent pasts. Furthermore, despite their often implicit treatment as such, universities are not monolithic actors, rendering a focus on their internal dynamics necessary. This paper seeks to address this gap by investigating how student associations organize in reaction to different hierarchical higher education policies impacting whether an open discussion on past and present conflict dynamics within the formal curriculum is possible. Empirically, we draw on data from Senegal and Cambodia as illustrative cases with very different policies on dealing with the past. We argue that students' reactions to higher education policies can range from silence or acquiesce to contestation. Students may also organize to address the past in informal activities, parallel to the formal curriculum, providing new possibilities for encouraging reconciliation. As such, this paper provides a deeper understanding of the ways in which the complex reactions to hierarchical university politics inform the role higher education can play in peacebuilding and conflict transformation.

Christine Buchwald & Eva Maria Hinterhuber, Hochschule Rhein-Waal, Kleve
– Civil Society, Gender, and Peace. Insights into Teaching-Integrated Research

Abstract: Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Organisationen und sozialer Bewegungen zu Friedensprozessen und Friedenskonsolidierung spiegelt sich in vielen historischen und aktuellen Beispielen wider. Wie sehr das besondere Engagement von Frauen oder geschlechterpolitischen Initiativen diese Prozesse beeinflusst, zeigt sich in ihrem Kampf gegen Militarisierung sowie in ihrem Kampf gegen soziale Ungleichheit in ihren vielfältigen Ausprägungen. Ziel vieler dieser Organisationen ist es, geschlechtsspezifische Themen wie sexualisierte Gewalt in Kriegszeiten sichtbar zu machen, Backlash-Bewegungen in Post-Konflikt-Gesellschaften zu kritisieren und ganz allgemein die gegebenen hierarchischen Geschlechterverhältnisse zu thematisieren, um nur einige Aspekte zu nennen. Vor diesem Hintergrund stehen hier frauen- und geschlechterpolitische Friedensorganisationen im Mittelpunkt und es wird danach gefragt, wie sie Frieden definieren, wie sie Frieden erreichen wollen, was ihre Ziele, Handlungsspielräume, Strategien etc. sind. Der regionale Fokus liegt dabei auf dem konkreten Fall der russischen Invasion in die Ukraine. Die Umsetzung dieser Erhebung erfolgt im Rahmen des Projektseminars „Civil Society, Gender, and Peace. Initiatives in the Context of Russia's War against Ukraine“ an der Hochschule Rhein-Waal im Wintersemester 2022/23. Unter der im Hochschulalltag allgegenwärtigen Prämisse der Einheit von Forschung und Lehre und dem Ansatz des Forschenden Lernens werden die Studierenden an das Thema herangeführt und im eigenen Forschungsprozess begleitet. Dabei spielen die unmittelbare Praxisnähe durch das potentielle Arbeitsfeld der zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie die Aktualität des Themas eine herausragende Bedeutung. Begleitet wird das Projektseminar durch eine Introspektion der Lehrperson und im Dialog mit der Kollegin sowie dem Feedback der Studierenden. Neben den inhaltlichen Ergebnissen des Seminars in einer vergleichenden

Perspektive ist vor allem eine Meta-Analyse von Lernen und Forschen zu aktuellen, praxisnahen Themen unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und Herausforderungen Gegenstand des hier vorgestellten Forschungsbeitrags. Damit soll auch ein Beitrag im Sinne des Scholarship of Teaching and Learning geleistet und die interdisziplinäre Verknüpfung von feministischer Forschung, Friedens- und Konfliktforschung und Hochschuldidaktik hergestellt werden.

Bretton James McEvoy, Universität Erfurt – ‘Taking Responsibility for the [White] Collective’. Implicated Subjects (Bystanders) and Transitional Justice in the United States

Abstract: The transformative goals of transitional justice are increasingly recognized as normatively salient in the field, but the question remains, how can such goals be implemented in practice? One particular challenge concerns the populations being targeted by transitional justice interventions. Whereas traditional conceptions of transitional justice have focused on the relationship between direct perpetrators and victims, the transformative turn towards structural violence implicates a much broader set of individuals and groups beyond the confines of victims and perpetrators. Especially in cases of historical injustice, the promise of transformative justice cannot be fully realized without innovations that also attend to that broader class of actors who, while not directly perpetrating violence, nevertheless enable, perpetuate and benefit from regimes of domination that set the conditions of possibility for violence, or what Michael Rothberg terms “implicated subjects” (2019). This paper proceeds by paying close attention to a particular group of implicated subjects – anti-racist white activists in the United States – to examine what their endeavors and struggles to reckon with their implication in the histories and present-day injustices of white supremacy can tell us about the boundaries of a transformative justice model. In particular, I draw upon my immersive field research within predominantly-white anti-racist spaces in the Greater Boston Area, engaging what Gready and Robins (2017) call “‘new’ civil society” actors and social movements beyond the traditional confines of transitional justice, where transitional justice is not (only) a set of institutional mechanisms but also a set of discourses and form of politics. Utilizing activists’ own articulation of a political orientation that seeks to “take responsibility for the [white] collective,” I engage the normative possibilities for an expanding transitional/transformational justice field.

- (3) Panel:** **Beyond Europe and the Global South: Reflections on Impact of the Russian-Ukrainian War on post-Soviet Central Asia**
Chair: *Philipp Lottholz, Philipps-Universität Marburg*

Description: The aim of the Colloquium is to look at the consequences of the Russian-Ukrainian war for the regions of the world. At the same time it stresses either the challenges to the future of the European peace order or how this war affects the Global South. However, what place does post-Soviet Central Asia occupy in this interaction between ‘Europe’ and the ‘Global South’? How are we to think about Central Asia’s experience of the ongoing geopolitical perturbations? Accordingly, what effects – geopolitical, economic, societal and cultural – of the ongoing crisis in Ukraine on the region can be identified? This war is, indeed, both a strategic conflict with the West to reshape post-Cold War European order and is seen as crucial step in restoring Russia’s imperial legacy. Therefore, newly emerging conflict dynamics on the former imperial space, of which Central Asia is a huge and important part, also deserve a special attention. Hence, we are proposing a panel that should start a discussion between international and regional scholars. The main aim is to establish understandings of local consequences of

the Russian-Ukrainian war and to lay a foundation for further in-depth analysis of various political and societal practices that influence conflict dynamics and forms of security and peace in Central Asia.

Contributions: *Alexander Ten*, German-Kazakh University & *Filipp Semyonov*, Philipps-Universität Marburg – Reanimation of Controversial Debates and Risks to Societal Coherence: Kazakhstan’s Society under the Influence of the War in Ukraine

Abstract: The ongoing war in Ukraine caused controversial societal and political debates in Kazakhstan. Since February 24, one of the most russified post-Soviet republics is experiencing reanimation and radicalization of different discursive processes in its multinational society regarding the attitudes towards Russia’s imperial legacy, political and economic dependence from Russia, as well as future expectations. The newly emerged state of uncertainty provides enough grounds to pose substantial questions on a societal coherence and internal conflict dynamics. Resting on the analysis of various discourses in social and mass media, the paper questions how the crisis in Ukraine impacts the socio-linguistic situation in Kazakhstan which has always been considered as problematic, identification processes within different social groups, and which strategies does the Kazakh government apply to avoid, on the one hand, direct confrontation with the political regime in Russia and, on the other hand, to maintain societal stability in the country. Accordingly, the study is aimed to explore the potential risks and vulnerabilities perceived by Kazakhstan’s society under the influence of an ongoing war and re-emergence of radical discourses, as well as how they can contribute to destabilization and conflict dynamics in the country.

Anna-Lena Hönig, Universität Konstanz – Between State Repression and Cooperation: Civil Society in Central Asia

Abstract: Over the last decade, civil society in Central Asia has been shaped by two overarching trends: (1) more repression in government practices and legal frameworks (“shrinking spaces”) and (2) more formal state-civil society interactions. How did the Russian war in Ukraine affect these developments? Is the Russian anti-Western effort shrinking the space for civil society in Central Asia even further, or does it create rejection of Russian policies leading to new opportunities for civil society? To understand these recent developments, this paper analyzes the local consequences of inter-state conflict. Based on a detailed overview of civil society in the five Central Asian countries, the paper sheds light on how civil society in Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan, and Uzbekistan has been affected by the war in Ukraine. Civil society is examined at the example of NGOs and considers that not all changes are reflected in the legal provisions, and not all legal regulations are implemented. It showcases a diversity of organizational structures and purposes NGOs serve in Central Asia despite the predominantly autocratic political systems.

Jakob Lempp & Jan Niklas Rolf, Hochschule Rhein-Waal, Kleve – The Revised EU Central Asia Strategy in the Face of Russian Revisionism

Abstract: Central Asia is a region that tends to evade common categories: While Kyrgyzstan and Tajikistan are classified as countries with medium human development, because of their Soviet history and geographical location they are usually not associated with what was formerly known as the Third World and what is nowadays referred to as the Global South. Kazakhstan, on the other hand, has followed a multi-vector foreign policy, trying to maintain

positive relations with both, Russia and the EU. Unable to apply its grand schemes to this rather ambiguous region, EU policies towards Central Asia have been marked by a plethora of poorly coordinated programs and projects. The EU Central Asia Strategy of 2007 and the revised EU Central Asia Strategy of 2019, in particular, sought to create a comprehensive document in which all these programs and projects were bundled. Yet the ink was barely dry when Russia, having intervened in Kazakhstan to put down the January protests, invaded Ukraine in February 2022, forcing the EU to – once again – revise its strategy towards Central Asia. In its desperate search for alternative energy supplies the EU can hardly afford to bypass Central Asia, which is home to some of the world's largest gas fields. Greater association with this post-Soviet region, however, could provoke a Russian military response, as it has in Ukraine. The paper examines the main opportunities and challenges in the areas of energy and security policy and gives an outlook of future EU-Central Asian relations in the face of Russian revisionism.

Discussant: *Beate Eschment*, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

(4) Roundtable: Of Silences and Marginalizations: The Multiplicity and Complexity of Violence(s) out of War

Chair: *Viviana García Pinzón*, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg & GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, Hamburg

Description: Critical perspectives on peace and conflict have called into question the conventional association of violence with war and the subsequent emphasis on wartime violence, pointing out the relevance of structural, symbolic, and indirect forms of violence, as well as everyday violence that escapes the traditional definition of war. Likewise, current trends in conflict and lethal violence show that violent deaths in contexts outside of war have increased over the last years, even surpassing the number of fatalities reported in traditional warfare (UNODC, 2019). The case of Latin America clearly illustrates this trend; processes of democratization and the absence of inter-state and intra-state wars, with the exception of Colombia, have led Latin American governments, scholars, and international organizations to characterize the region as peaceful (Kurtenbach, 2019; Pearce & Perea, 2019). Yet, Latin America accounts for 33% of the world's homicides despite being home to only 8% of its population. Similarly, research on post-conflict settings has demonstrated that the formal end of the armed confrontation and the silence of the rifles do not translate into peace. Post-war societies often end up in a situation of 'no peace-no war' (Richards & Helander, 2005), in which they are formally deemed as peaceful and yet, their citizens' lives are affected by multiple forms of violence. Despite the theoretical advancements and empirical evidence, most of the theories and interventions in the field of peace and conflict continue to focus on violence in full-scale wars.

Against this background, this round table brings together scholars from different disciplines and regional foci to reflect on the complexity and multiple manifestations of violence beyond war as well as the theoretical innovations to make sense of these violence(s). In addition, the participants will examine the effects of the marginal role of violence(s) outside of war on knowledge production in the field of peace and conflict studies and peacebuilding practices and interventions, while charting out possible alternatives to move forward towards a more inclusive field.

This round table is organized in the framework of the research network "Postcolonial hierarchies in Peace and Conflict Studies" (<https://www.postcolonial-hierarchies.net/>), a collaborative project of the Arnold Bergstraesser Institute (Freiburg), the Center for Conflict Studies at the

Philipps University Marburg, the University of Bayreuth, and the University of Erfurt, funded by the German Federal Ministry of Education and Research (BMBF).

Teilnehmende: *Claudia Brunner*, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt
Alke Jenss, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg
Fabricio Rodríguez, Arnold-Bergstraesser-Institut, Freiburg
Siddharth Tripathi, Universität Erfurt

(5) Roundtable: Wie kann ein deutscher Beitrag zu einer umfassenden und global gedachten Rüstungskontrolle des 21. Jahrhunderts aussehen?

Chair: *Nina Bernarding*, Centre for Feminist Foreign Policy, Berlin (tbc) & *Markus Bayer*, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Bonn

Description: Der aktuelle Krieg in der Ukraine kann nicht zuletzt als ein Scheitern des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und damit der Rüstungskontrolle gesehen werden. Ein Nachfolgeregime konnte bisher nicht etabliert werden. Stattdessen befindet sich Europa und die Welt wieder in einer Phase der Aufrüstung. Aber nicht nur im Bereich der konventionellen Waffen fehlt ein Kontrollregime, welches Rüstungsdynamiken bremsen bzw. durchbrechen könnte. So setzten die USA und Russland etwa 2019 den Mittelstrecken-Nuklearstreitkräfte-Vertrag aus und konnten sich seitdem nicht auf eine Neuauflage einigen. Auch der Atomwaffensperrvertrag steht angesichts von Hyperschallwaffen als neue potenzielle Trägersysteme und der bevorstehenden Stationierung von russischen Atomwaffen in Belarus vor Herausforderungen. Nicht zuletzt wurden neue Technologien, wie etwa künstliche Intelligenz bisher gar nicht rüstungskontrollpolitisch adressiert. Der vom Arbeitskreis Rüstungsdynamiken und Abrüstung vorgeschlagene Roundtable widmet sich den Fragen, wie eine Rüstungskontrolle des 21. Jahrhunderts gedacht werden kann und was insbesondere Deutschland zu einer solchen beitragen kann. Als Ausgangspunkt dienen die in einem Grundsatzpapier des AK Rüstungsdynamiken und Abrüstung entwickelten Prinzipien. Demnach sollte eine deutsche Rüstungskontrollpolitik des 21. Jahrhunderts global und umfassend gedacht und proaktiv gestaltet werden. Zusammen mit den Diskutant:innen möchten wir die Herausforderungen, aber auch die Chancen für eine deutsche Abrüstungsstrategie entlang der Bereiche der konventionellen bzw. nuklearen Rüstungskontrolle und den sog. emerging Technologies diskutieren.

Inputs: *Oliver Meier*, Policy and Research Director des European Leadership Network
Max Mutschler, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC), Bonn
Julia Susanne Riegraf, Stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle
Stefka Schmid, Technische Universität Darmstadt

16:00 - 16:30 Uhr Pause mit Kaffee/Tee

16:30 – 18:00 Uhr SLOT 2: Drei parallele Panels

(6) Panel: **(De-)Escalation and the Politics of Memory**
Chair: *Madita Standke-Erdmann*, King's College London

Contributions: *Timothy Williams*, Universität der Bundeswehr München – The Politics of Memory and Power in post-Violence Societies

Abstract: In Post-Gewalt-Gesellschaften findet sich in öffentlichen Diskursen oft ein klares, allgemeines Verständnis darüber, wer als Opfer und wer als Täter*innen vergangener Gewalt zu gelten hat, obwohl diese Kategorien empirisch oft deutlich komplexer zu diskutieren sind. Dieser Beitrag argumentiert, dass die Art und Weise, wie die Vergangenheit erinnert wird vor allem darüber analysiert werden kann, wie Akteuren in der Erinnerung Rollen und Verantwortung zugeschrieben werden und die Art dieser Zuschreibungen für Konstitution von Macht in Gesellschaften nach der Gewalt zentral ist. Anhand einer detaillierten Betrachtung der Erinnerungslandschaft in Kambodscha, Ruanda und Indonesien entwickelt der Beitrag ein Verständnis dafür, wie sich Macht daraus ableitet, wer als Täter erinnert wird, wer sich auf die Opferrolle berufen kann, wer als Held gefeiert wird, und welche Ambivalenzen in dieser Erinnerung bestehen. Es gibt keine feste Rollenkonstellation, die besonders machtfördernd ist, aber verschiedene Arten von Rollen können in unterschiedlichen Kontexten politische Legitimität verleihen. Der Beitrag stützt sich auf Feldforschung in den drei Ländern, die Interviews und informelle Gespräche mit Transitional Justice Akteuren, Mitarbeitende von Gedenkstätten, zivilgesellschaftlichen Aktivist*innen und Künstler*innen mit teilnehmender Beobachtung von Gedenkstätten, Museen und Projekten verband. Der Beitrag stützt sich auf das Konzept der mnemonischen Rollenzuschreibung, mit dem auch ein theoretischer Beitrag zur Literatur über Gesellschaften nach Gewalttaten geleistet wird. Empirisch gesehen besteht der Hauptbeitrag der Arbeit in einer systematischen und vergleichenden Analyse dieser mnemonischen Rollenzuschreibungen und ihrer Wirkung auf Macht in den Fällen.

Maximilian Wegener, Zeppelin Universität Friedrichshafen – From Igniting the Flame to Putting Out the Fire: Discourses of Escalation and Restraint in Societies on the Brink of Genocide

Abstract: There appears to be a fundamental mismatch in contemporary genocide studies when it comes to analyzing factors of escalation vis-à-vis factors of de-escalation. While most studies focus on causes and drivers of genocidal atrocities, they tend to overlook potential pathways of de-escalation and sources of restraint. This paper seeks to address the prevailing imbalance by turning to the following question: why do some countries descend into a genocidal spiral while other high-risk cases manage to retreat from the brink? First, by conducting a comprehensive literature review, the theoretical perspectives on genocidal (de-)escalation are assessed and systematized. This includes macro-, meso-, and micro-level factors like history, memory, form of government, representation, minority protection, international entanglement, conflict involvement, ideology, identity, emotions, and social psychological phenomena such as peer pressure, role expectations, and obedience to authority. Crucially, many of the above-mentioned accounts examine argumentation, speech, or rhetoric as a proxy for their respective research object without admitting to it, let alone adequately conceptualizing the role of discourse in genocidal contexts. This is why, second, the theoretical status quo is integrated within a discourse-based model of genocidal (de-)escalation. By conceptually introducing both discourses of escalation (DoE) and discourses of restraint (DoR), the model seeks to establish a much more refined understanding of how discursive manifestations make a difference in societies on the brink of genocide; how they appear and appeal; how they pick up and interact with ideologies, emotions, values, norms, and interests; and how precisely they have an impact on (potential) victims, bystanders, and perpetrators. Third, the model is empirically applied to two cases of

genocidal (de-)escalation: Rwanda prior to 1994 (DoE) and Kenya following the 2007/2008 electoral violence (DoR).

Mariel Reiss, Philipps-Universität Marburg – Re-Framing Memories of LGBTQ+ Identities

Abstract: Kenyan President-elect Ruto said in an interview (7.9.22) homosexuality/LGBTQ+ is a „non issue“ for Kenyans. With this and similar statements recently and in the past, he dismisses the lived realities of LGBTQ+ Kenyans and joins into the discourse around the UnAfricanness of LGBTQ+ Africans, perpetuated by a distinct group of heads of state and government across the African continent. An alliance between politicians and evangelists fosters the narrative that homosexuality and transgender identities are a recent import from the West. This debate around the UnAfricanness of (African) LGBTQ+ persons erases histories and memories of African LGBTQ+ persons and identities, as their existence today is (re-)framed as western imports. Perpetuating this harmful and deadly UnAfricanness narrative is a way of inciting hate speech, hate crimes and (even more) discriminatory legislation – such as "anti-homosexuality“ bills which were introduced in Uganda, Nigeria, and Ghana. The whole debate and introduced legislation not only contributes to the erasure of LGBTQ+ Africans today, it also ignores pre -colonial non-hetero and non-cis gendered identities. The impact of the colonial anti-LGBTQ+ legacies (through laws, practices and norms) is herewith re-written as it is framed as „African culture“ in retrospect. At the same time, heterosexuality and cis-genderedness are re-framed as truly African. The distortion of the histories and memories of colonial continuities and understandings of who is perpetuating neocoloniality/neocolonial behavior paves the way for (more) violence in the future (hate speech/hate crimes, legislation, police violence, etc.). The impact of these dynamics is severe on many levels and can be analyzed as an Afrodystopia for LGBTQ+ Africans. The paper analyzes these narratives and erased memories of LGBTQ+/non-hetero/non-cis gendered African identities and draws a direct line to the justifications of violence in the (recent) past and today. The analysis relies on archiving and other forms of digital and analogous activism to counter these UnAfricanness narratives and conceptualizes them as an Afrofuturist counter practice to remember and commemorate the own past and making African LGBTQ+ identities visible.

(7) Panel: **On Political Violence and Repression**
Chair: *Elke Verlinden, Hochschule Rhein-Waal, Kleve*

Contributions: *Amit Loewenthal, Noa Vana, Belle Gavriel-Fried, Tel Aviv University – Political Violence, Stress, and Gambling Behavior – the Case of Israel*

Abstract: Direct exposure to political violence (EPV) is associated with various adverse psychological effects such as stress, anxiety, and depression. Research has shown that one of the outcomes of EPV is abusive and risky behaviors such as domestic violence. However, there is less evidence concerning addictive behaviors related to EPV. This study examined whether Israelis exposed to political violence are more likely to gamble excessively, leading to gambling-related problems (“problem gambling”). To probe the relationship between EPV and gambling behaviors, we explored individual, geographic, and temporal factors related to EPV: (1) individual responses to an EPV questionnaire, (2) the impact of the distance of the respondent’s place of residence from the Gaza Strip, and (3) pre/post time of conflict since the August 5-7 Gaza-Israel clashes occurred during the data collection period. We also tested for mitigating factors (e.g., anxiety, depression, and stress). A web-based panel of 4,000 respondents, constituting a representative sample of the Israeli population, was tested

between July 24 and September 15, 2022. Concurrently, a convenience sample of 450 individuals involved in gambling behavior was recruited through rehabilitation centers, legal gambling venues, and an online campaign targeted at individuals involved in illegal gambling. All respondents filled in a questionnaire consisting of the nine-item Problem Gambling Severity Index (PGSI), a three-item EPV measure, a four-item scale, PHQ-4 for anxiety and depression, and one question for the self-reported level of stress. This study makes a significant theoretical contribution, as it sheds light on a dimension of harm from conflicts that had not been studied before. The findings also contribute to policymakers, as they help estimate the psychological cost of conflict to a better extent.

Rebecca Strauch, Universität Konstanz – International Linkages and the Use of Digital and non-Digital Repression in Autocracies

Abstract: With the rise of global economic dependencies, autocratic regimes opened up to the international community to remain competitive on the global market. International economic and political dependencies, however, restrict the autocrat in addressing domestic protest with violent dispersion, which might topple the country's stability, scare off investors and deter further diplomatic relations. As an alternative, trending towards digital constraints comes in more favorable. Damages to international economic and political linkages are reduced. Online repression is an appealing tool to monitor the public and to lower dissent virtually, while securing economic prosperity. In my analysis, I combine event data on protests with fine-grained data on online censorship and Internet outages to estimate the effect of international linkages on the use of digital and non-digital repressive tools as a response to domestic dissent.

Sophie Falschebner, Philipps-Universität Marburg – Colonialism, In/Security and Intractable Conflict Dynamics in Cyprus

Abstract: Studying the legacies of colonialism is relevant both to understand and transform contemporary conflict in postcolonial societies. However, dominant peacebuilding models for the most part neither acknowledge nor address the experiences of colonizing violence and their effect on the non-consolidation of peace. Taking this gap in research and peacebuilding as a starting point, the paper focalizes the case of Cyprus to explore the impact of colonialism on current conflict dynamics, with particular attention to the issue of in/security. Despite the rich research on the Cypriot conflict, there is a lack of inquiry regarding the interconnectedness of colonialism, conflict dynamics, in/security and the (im-)possibility of conflict transformation which the paper seeks to provide. As the paper argues, colonialism and imperial politics have enduring effects on conflict formation in Cyprus and colonial continuities can be detected on multiple levels: These range from the lasting impact of colonial policies on the politicization of ethno-religious identities and the creation of enemy narratives to the continued power of the guarantor powers after Cypriot independence, but also include imperial logics featuring in international players' approach to conflict transformation as well as racism shaping conflict parties' positioning towards each other. By examining how colonialism and experiences and narratives of the conflict, cycles of fear, dis/trust and in/security are entangled, the paper contributes to a deeper understanding of intractable conflict dynamics in postcolonial societies. Not neglecting, but rather putting the multiplicity and contradictoriness of discourses on colonialism and in/security in the Cypriot conflict at the centre of analysis, a more nuanced view of the interplay between colonialism and conflict is furthered. Besides allowing for an enhanced comprehension of the nexus between colonial legacies and continuities and conflict dynamics, the paper generates insights that might prove vital to develop more sustainable, decolonial approaches to conflict transformation in postcolonial societies.

(8) Panel: Auf verlorenem Posten? Positionen pazifistischer und antimilitaristischer Friedens- und Konfliktforschung für eine post-eurozentrische Friedensordnung

Moderation: *Claudia Brunner*, Alpen-Adria-Universität Klagenfurt

Panel Description: Nicht erst seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine scheinen pazifistische und antimilitaristische Positionen auf ‚verlorenem Posten‘ zu stehen. Doch die beschleunigte, auch diskursive, kognitive und affektive Militarisierung von Diskursen und Politiken führt nicht mehr nur zu Ignoranz oder einem Belächeln, sondern öffnet Raum für eine Diskreditierung und Delegitimierung auch in scharfem Ton. Zugleich wird im öffentlichen Diskurs paradoxerweise eine genuine ‚europäische Friedensordnung‘ angerufen, um Aufrüstung und Militarisierung zu rechtfertigen. Auch in der Friedens- und Konfliktforschung spiegelt sich dieser widersprüchlich anmutende Wandel – sichtbar am teilweise auch öffentlichen Streit zwischen Kolleg*innen. Angesichts des Krieges ‚vor der europäischen Haustür‘ ringen Forschende, Lehrende und Praktiker*innen der Friedensarbeit verstärkt auch um ihre eigene Position. Darüber hinaus hat post- und dekoloniale Friedens- und Konfliktforschung in den letzten Jahren gezeigt, dass Bekenntnisse zu Gewaltfreiheit und Pazifismus oft einem epistemisch wie geopolitisch fundierten eurozentrischen Privileg geschuldet sind und der europäische Frieden nur um den Preis globaler Ausbeutungsverhältnisse und deren durchaus bewaffneter ‚Verteidigung‘ im fernen Anderswo aufrechterhalten werden kann. Es stellt sich also die Frage: haben pazifistische und antimilitaristische Positionen noch oder wieder einen substantiellen Beitrag zu einer kommenden post-eurozentrischen Friedensordnung beizutragen?

Vor diesem Hintergrund wollen wir auf diesem Panel eine fundierte Auseinandersetzung mit Konzepten und Positionen von Pazifismus und Antimilitarismus auf der Basis einer normativ-kritischen Verortung in der Friedens- und Konfliktforschung führen.

- Was ist mit diesen, in der Disziplin einst prominenten und sie nicht zuletzt mitbegründenden, Positionen in den vergangenen Jahrzehnten geschehen? Weshalb scheinen sie für das Fach verzichtbar, anachronistisch oder gar hinderlich geworden zu sein? Warum sind sie, vermeintlich über Nacht, zu Angriffsflächen selbst innerhalb der Disziplin geworden?
- Wie kann Antimilitarismus und Pazifismus post- und dekolonial sowie feministisch-intersektional neu artikuliert werden? Kann dies binnenakademisch geschehen oder muss eine solche Aktualisierung über aktive und global vernetzte Friedenspraxis erfolgen?
- Wer sind die gestaltenden Subjekte eines aktualisierten Pazifismus, und woher kommt der militarisierende Widerstand gegen ihn?
- Was kann die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit eines solch normativ positionierten Forschens sein, nicht nur für den konkreten Anlassfall einer notwendigen Positionierung, zu der viele Friedens- und Konfliktforscher*innen nach Jahren der öffentlichen Marginalisierung derzeit aufgefordert werden, sondern darüber hinaus? Was sind die größten Herausforderungen in dieser Auseinandersetzung?
- Und auf welche Ressourcen können wir zurückgreifen, um pazifistischen und antimilitaristischen Positionen mehr Raum im beschleunigten politischen wie auch akademischen Diskurs der Militarisierung zu verschaffen?

Inputs: *Julia Nennstiel*, University of Manchester - Pazifismus und Antimilitarismus in der Friedens- und Konfliktforschung: Eine Bestandsaufnahme

Michael Berndt, Universität Osnabrück – Back to the roots?!

Christine Schweitzer, Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK), Hamburg – Friedensbewegung braucht Friedensforschung

Discussant: *David Scheuing*, Wissenschaft und Frieden, Lüchow

18:00 Uhr Abendessen

19:00 - 20:00 Uhr **Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen**

Das Netzwerk Friedensforscherinnen ist die Interessenvertretung der Frauen* in der AFK. Das Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen ist offen für alle interessierten Frauen* - unabhängig ihrer Mitgliedschaft in der AFK. Beim Treffen werden die Frauenbeauftragten über Aktivitäten der vergangenen Jahre berichten. Zudem werden die neuen Frauenbeauftragten für 2023-2025 gewählt.

20:00 - 21:00 Uhr **Verleihung des Christiane-Rajewsky-Preises 2023**

Freitag, 31. März 2023

ab 8.00 Uhr Frühstück

9:00 - 10:30 Uhr SLOT 3: Fünf parallele Panels

(9) Panel: Conflict developments and differentiations in the context of a changing global order

Chair: *María Cárdenas*, Goethe-Universität Frankfurt

Contributions: *Jan Niklas Rolf*, Hochschule Rhein-Waal, Kleve – From Asymmetric to Symmetric Conflict: An Events Data Analysis of the International Response to the Conflict in Ukraine

Abstract: The paper analyses the more than 2,000 conflictual and cooperative signals of two warring parties – the Ukrainian pro-EU government and Ukrainian pro-Russian separatists – and two third parties – Russia and the EU – during the first three years of the conflict in Ukraine from 2014 to 2016. Previous studies largely treated the actions of warring parties as a dependent variable and the actions of third parties as an independent variable. My results suggest that Russia and the EU, far from being independent players, assume the role of an ‘error correction mechanism’ by counterbalancing and counteracting the imbalanced and non-reciprocal interactions of the Ukrainian pro-EU government and Ukrainian pro-Russian separatists, thereby transforming an asymmetric conflict into a symmetric one. This symmetry, I argue, has not only been characteristic of the first years of the conflict in Ukraine, but also of the “frozen conflicts” in Moldova and Georgia. Since the EU and NATO have been extremely hesitant to extend membership to countries with “frozen conflicts” (with Cyprus being a notable exception), this has served the Russian goal of preventing further EU and NATO enlargement to the post-Soviet space. Russia’s massive and one-sided escalation of the Ukraine conflict in February 2022 marks a break with the observed tit-for-tat pattern, suggesting that other motives must be at play.

Philipp Lottholz, Philipps-Universität Marburg – Complicating Geographies of Conflict and Political Change: An (East-)European Perspective

Abstract: Debates on the war in Ukraine and the long-standing conflict out of which it developed have frequently invoked the choice of democratic governance and a liberal societal model which would be favoured by the majority of Ukrainians and denied or challenged by the Russian regime. This intervention seeks to complicate this cultural and political geography of conflict and

political change with an account from two European contexts. Drawing on extensive empirical research on social mobilisation and conflict management in urban marginal districts in Plovdiv, Bulgaria and Duisburg, Germany and their wider political contexts, it offers three take-aways for reconsidering arguments on liberal democracy and its appeal for (semi-) authoritarian societies in Eastern Europe and elsewhere. First, it is shown that infringements and violations of human rights occur on a significant and systemic scale in transitional societies (such as Bulgaria) and also in highly developed ones like Germany. Second, conflict appears as a key feature of societal dynamics and particularly processes of value accumulation and labour exploitation that play out especially visibly in urban contexts. These findings complicate the assumption that the global North/West is characterised by more peaceful and inclusive political forms of order than the rest of the world and are extrapolated into a critical consideration of the benefits that Ukraine and other East European countries can expect from EU and trans-Atlantic integration. In a third step, the paper situates these observations in a post-liberal perspective on political and economic (dis-)order that calls into question the inherent superiority and desirability of liberal democracy as it is currently suggested by political elites and the liberal mainstream. Drawing on history of thought, political philosophy and political science perspectives, the paper dissects the long-standing structural and inbuilt crisis and disembedding of politics in Western capitalist states. This discussion is linked back to current debates on the Ukraine conflict to highlight the disagreement and variation that are brushed over in arguments invoking liberal democracy and world order.

(10) Panel: Transformations in Warfare

Chair: *Lilli Kannegießer*

Contributions: *Regine Schwab*, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M. – The Transformation of War and the Targeting of Civilian Infrastructure

Abstract: In the past decade, civilians around the globe have been targeted by airstrikes and artillery shelling as part of counterinsurgency campaigns. But civilian victimization is more than the killing of civilians. What we have also witnessed is an increase in the targeting of civilian infrastructure such as the food supply; the provision of healthcare; water, sanitation, and hygiene infrastructure; energy provision; and transport infrastructure. Such destruction has been a pronounced feature of wars in Syria, Yemen, and Ukraine, among others. The proposed contribution analyzes the targeting of civilian infrastructure as a new (or old?) strategy in war. It argues that it is part of the transformation and internationalization of war and warfare which makes a distinction between established categories, such as intra- and interstate war increasingly difficult. The contribution starts with an empirical assessment of this tragic phenomenon, focusing specifically on the targeting of medical facilities in armed conflicts. It then theorizes the destruction of civilian infrastructure as a sign of the transformation of war and warfare in the 21st century.

Sushobhan Parida, Universität Leipzig - Blurring between the Lines? Exploring the Dynamics of Surrogate Insurgent groups in Proxy Wars

Abstract: Before the full-fledged war between Ukraine and Russia began in February 2022, a protracted separatist insurgency was underway in the Donbas region in Eastern Ukraine since March 2014. This insurgency, largely backed by the Russian government, was fought by a collection of armed separatist groups. Such proxy wars are familiar phenomena, from Afghanistan during the Cold War to ongoing conflicts in Syria and Yemen. Recent scholarship, and more

relevantly, the Ukrainian conflict, has emphasised that with the current nature of international politics, proxy wars have a strong likelihood of gaining prominence. Factors including an increasing public unwillingness to have their nation's armies wage a full-out war, increasing salience of private militias and security companies, and larger economic interdependence among rival nations point to a reduced probability of inter-state wars and, therefore, the greater prominence of proxy wars. While proxy wars have been extensively studied, the dynamics of the armed insurgent groups that engage in these wars have not been sufficiently explored, largely because of an assumption that they function similarly to any other armed group. This paper challenges this by arguing that surrogate armed groups represent a blurring among various categories of violent non-state actors. In having to promote their legitimacy as well as the principal nation's interests, undertaking governance in controlled territories, and controlling local resistance, these groups skip back and forth over theoretical lines separating insurgent, paramilitary, and terrorist groups. To elaborate, I first present a summary of how different armed groups are categorised in literature. Then, using surrogate groups in Ukraine, Yemen, and Syria, I analyse how these groups differ from a 'regular' insurgent group and among themselves. The objective is not to carve out a new category of armed groups but to shed light on the unique functioning of such groups to understand proxy wars better.

*Olena Osypenkova & Withold Mucha, Heinrich-Heine University Düsseldorf –
The Impact of War in Ukraine on Food Security in Yemen*

Abstract: As one of the most food-insecure countries in the world, civil war-torn Yemen has been particularly affected by the decrease of wheat supplies due to the war in Ukraine. Importing more than 30 percent of its wheat from Russia and Ukraine, for Yemen Moscow's full-scale invasion of Ukraine in February 2022 meant a 'perfect storm'. First, according to estimates by the United Nations (UN) Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) more than 17.4 million Yemenis suffer from food insecurity, with an additional 1.6 million expected to fall into "emergency levels of hunger" in the foreseeable future. Since civil war escalated in 2014, more than 233,000 people were killed and more than one million displaced. Second, three weeks after Russia's attack instead of the requested \$4.2 bn in humanitarian assistance the UN received only \$ 1.3 bn in pledges for Yemen – at a time when funding had already begun drying up as the international community turned its attention to armed conflict in Ukraine. Eventually, Yemen's strategic stock of wheat was about to run out when Kyiv and Moscow signed a grain export deal in Istanbul in July 2022. Ever since the unblocking of Ukraine's seaborne exports the issue of global food security interdependence has left the radar of public and academia. Against this backdrop, the analysis will address three research questions. 1. How did the food security interdependence between Ukraine and Yemen look like before war started and how has it evolved ever since? 2. In how far has there been a reversal of humanitarian assistance flows away from Yemen and towards Ukraine in that process? 3. What has been the role of International Organizations such as the World Food Program (WFP) and the private sector such as the Howard G. Buffett Foundation in mitigating the recent food crisis in Yemen? The implications for peace and conflict research are twofold. First, the willingness of donor nations to provide humanitarian assistance is shaped by national interests and not by a shared sense of global responsibility. Second, notwithstanding the relevant contribution by IOs and private actors the scale and direction of funding is primarily dependent on governments' rationale and decisions.

(11) Podium und Fishbowl: Zeitenwenden? Eine kritische Reflexion der Konsequenzen von Transformationen in der Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik im Kontext Afghanistans

Moderation: *Mariam Salehi*, Freie Universität Berlin

Description: Seit Februar 2022 und dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine werden zu Recht Fragen nach dem Ende von Friedensordnung oder einer Wende in den internationalen Beziehungen gestellt: Der Krieg und seine Auswirkungen auf Menschen, auf internationales Recht und Organisationen, oder auch seine wirtschaftlichen Konsequenzen sind gravierend. Gleichzeitig erinnert der Diskurs und auch die Praxis militärischer und politischer Transformation dieser aktuellen Zeitenwende an die letzte „große“ Zeitenwende internationaler und deutscher Außen- und Sicherheitspolitik nach dem 11. September 2001. Damals wie heute waren sich Beobachter*innen und Politik gänzlich einig, dass eine neue Zeit angebrochen war und globale Transformationsprozesse um Terrorismus, zerfallene Staaten, die Digitalisierung und technologische Revolution des Krieges und von Gewalt, sowie völlig neues Denken über vernetzte Sicherheit die alte Friedensordnung abgelöst haben. Zentraler Raum, auch aus deutscher Perspektive, in dem sich Imaginationen, Hoffnungen und Praktiken dieser letzten globalen Zeitenwende lokal manifestierte, war (und ist) die afghanische Gesellschaft.

Retrospektiv werden die zwanzig Jahren internationaler Interventionen in Afghanistan seit dem Herbst 2001 bis zum Sommer 2021 zunehmend verkürzt auf Fragen von (gescheiterter) Stabilisierung, Terrorismusbekämpfung oder dem Kampf gegen die Taliban. Es ist sicherlich richtig, dass direkte Gewalt diese zwei Jahrzehnte stets mitgeprägt haben. Das Ausmaß an Transformationsprozessen für die afghanische Gesellschaft und untrennbar damit verbunden auch an der Intervention beteiligten Institutionen und Gesellschaften, geht aber weit über diese Aspekte hinaus. Sie reichen vom Wandel von militärischen und polizeilichen Praktiken und Selbstidentifikationen, über neue kulturelle, soziale und ökonomische Muster und Netzwerke (gleichermaßen lokal wie international), zu Fragen von Migration und Veränderungen von Geschlechterrollen und Identität(en) im Allgemeinen. In Deutschland selbst sorgte bereits die Frage, ob in Afghanistan ein Kriegseinsatz existiere, für Kontroversen, geschweige denn die damit verbundenen Fragen von Verantwortung, Gedenken und Verbundenheit. Für die Friedens- und Konfliktforschung muss auch deshalb Afghanistan ein wichtiger Kontext für die Auseinandersetzung mit „Zeitenwenden“ von Friedensordnungen bleiben und deutsche Wissenschaft und Politik müssen an ihre Verantwortung erinnert werden. Deutschlands politische Rolle seit der Petersberger Konferenz 2001, die militärische Präsenz und ausgeübte Gewalt (mit Oberst Georg Klein als bekanntesten Akteur), die teilweise rassistischen Reaktionen auf und Gewalt gegen afghanische Geflüchtete, das politische Versagen im Jahr 2021 im Rahmen der Evakuierung von Menschen aus Afghanistan und die seitdem angestrengt nachgeholte Hilfe für „Ortskräfte“ sind nur die prominentesten Komponenten dieser Verantwortung – die auch nicht ausschließlich von der Enquete Kommission der Bundestages „Lehren aus Afghanistan für das künftige vernetzte Engagement Deutschlands“ getragen werden kann.

Wir wollen auf dem Podium diese Verantwortung zunächst mit drei Impulsvorträgen von je 10 Minuten in Erinnerung rufen, dann vor allem zu einer interaktiven Diskussion mit dem Format der Fishbowl einladen, die gerade auch dazu dienen soll theoretische und weiter gefasste Reflexionen zu ermöglichen, die beide „Zeitenwenden“ verbinden können.

In einem der Impulsvorträge wird **Werner Distler (Universität Groningen)** die militärische und polizeiliche Praxis des deutschen Engagements und der Intervention in Afghanistan seit 2001 kritisch reflektieren. Dabei soll deutlich werden, dass diese Intervention hauptsächlich ein selbstreferentielles Phänomen war, dessen Hauptpriorität nicht unbedingt auf lokalen Frieden

oder Sicherheit lag. Die Vorstellung einer gänzlich gescheiterten Intervention hinterfragt **Tareq Sydiq (Universität Marburg)** kritisch. Während das Sicherheits- und Interventionsregime gescheitert sei, hätte das Vorgehen der Taliban vielerorts weniger an state failure und mehr an state capture erinnert. Der Konflikt zwischen Regierung und Rebellen bestand stets auch aus einer *competition to govern*, weswegen staatliche Institutionen jenseits von Konfliktlinien operieren durften und auch nach Machtübernahme der Taliban weiterhin bestehen. In einem dritten Impuls wird die Journalistin **Arezao Naiby (WDR)**, die in den vergangenen Jahren auch zu Fragen von Bildung und Situation der Frauen in Afghanistan publiziert hat, auf aktuelle Entwicklungen eingehen.

Impulsvorträge: *Werner Distler*, University of Groningen
Tareq Sydiq, Philipps-Universität Marburg
Arezao Naiby, Westdeutscher Rundfunk

(12) Workshop: **,Institutionalizing Peace & Feminisms*': Wie verankern wir Feministische Friedensforschung in Deutschland?**

Organisation: *Christine Buchwald*, Hochschule Rhein-Waal, Kleve,
RyLee Hühne, Fachhochschule Südwestfalen, Iserlohn,
Hannah Neumann, Universität Siegen,
Victoria Scheyer, Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M./Monash University Melbourne, Australien

Description: Der Workshop zielt auf eine aktive Auseinandersetzung mit der Verstetigung von feministischer Friedensforschung im deutschsprachigen Raum. Zunächst werden Prozesse zur Institutionalisierung feministischer Belange betrachtet. Anschließend werden in einem Worldcafé mögliche Formen, Arbeitsweisen und Argumentationsstrategien für den deutschsprachigen Raum entwickelt und daraus ein konkreter Handlungsplan abgeleitet.

(13) Panel: **The Legacies of Armed Conflict**

Chair: *Roman Krtsch*, Universität Konstanz

Description: This panel discusses different legacies of armed conflict, including the education of children living in conflict areas, child labor, the illegal harvesting of natural resources, and the context of different civil war outcomes. The first paper examines the effect of specific conflict tactics that are focused on harming children, such as child soldier recruitment and sexual violence against children, on educational attainment. The second contribution combines individual-level panel data with novel data sources on conflict-related violence to estimate the effect of violent conflict on child labor in the West Bank. The third paper addresses violent conflict in the context of illegal sand harvesting by studying Africa's most violent sand harvesting region. The final paper analyzes the interaction of domestic factors, bargaining dynamics, and international interventions in order to uncover context patterns of different types of civil war outcomes.

Contributions: *Roos van der Haer*, University of Leiden, *Ragnhild Nordås*, University of Michigan & Peace Research Institute Oslo (PRIO), *Gudrun Østby*, PRIO, *Siri Aas Rustad*, PRIO, *Andrew Arasmith*, PRIO - The influence of armed conflict on educational dropouts

Abstract: Armed conflict leaves terrible legacies, from raw physical destruction of houses to shattered lives and families. One important effect is that conflict erodes educational progress, which can be detrimental to children's wellbeing. Few studies, however, have analyzed if and how specific conflict tactics influence the education of children living in those areas. Specifically, we examine in this study the effect of conflict tactics that are focused on harming children, such as child soldier recruitment and sexual violence against children. We presume that this relationship is driven by a fear mechanism, which produces a tendency of parents to keep children at risk of abuse. To empirically examine these expectations, we combine DHS survey data from 35 countries in sub-Saharan Africa on educational attainment with conflict data, new data on sexual violence against children and child soldier recruitment. The results shows that children living in conflict areas where groups use sexual violence against children and recruit child soldiers are more likely dropout of primary school. The preliminary results do not indicate any robust differences between girls and boys. This research has important implications for our understanding of the relationship between armed conflict and education as well as the need for careful programming to ensure safe education for girls, in particular.

Sami H. Miaari, Tel Aviv University, Amit Loewenthal, Tel Aviv University, Salma Shaheen, University of Oxford - The Impact of Violent Political Conflict on Child Labor: Evidence from the Occupied Palestinian Territories (OPT)

Abstract: In this study, we estimate the effect of violent conflict on child labor, with ten to fourteen-year-old children from the West Bank as our case study. The research combines individual-level panel data from the 1999-2010 waves of the Palestinian Labor Force Survey (PLFS) with novel data sources on conflict-related violence (e.g., fatalities and prisoners) and conflict infrastructure (e.g., checkpoints, Israeli settlements, and the Separation Wall to accurately measure an individual's exposure to conflict intensity across time and locality. We find that conflict infrastructure has the greatest impact, contributing to an increase in child labor, its effect being transmitted through a combination of falling household incomes and a reduction in returns on/to education. By contrast, an increase in the intensity of conflict-related violence serves to reduce child labor, due to a heightened sense of personal danger. Our findings contribute to the literature on the labor market implications of conflict, focusing on the implications for children. This analysis is the first to estimate the heterogeneous effects of conflict on child labor on an individual level, varying by time, locality, gender, and type of conflict-intensity measure. It is also the first to address the impact of the Israeli-Palestinian Conflict before, during, and after the Second Intifada, allowing us to examine the long-term effects of the conflict on children.

Discussants: *Frederik Gremler, Universität Konstanz
Tilman Brück, International Security and Development Center (ISDC), Berlin
Anna-Lena Hönig, Universität Konstanz*

10:30 - 11:00 Uhr Pause mit Kaffee/Tee

- **AK Methoden**

Panel: **Communication, Mobilization and Conflict**

Chair: *Meri Dankenbring*, Goethe-Universität Frankfurt

Contributions: *Frederik Gremler*, Universität Konstanz – Thumbs Up to Get Feet on the Ground? The Effects of Digital Communication by Ethnic Organizations

Abstract: This panel focuses on the growing research on the use of different types of media and public figures for ethnic identification, protest and peacebuilding. The first individual contribution focuses on the relationship between an ethnic organization's social media communication and stronger feelings of ethnic identification and political action by media consumers. The second paper takes a closer look at the impact of peace programming broadcasted by communal radio stations in conflictual societies. The final paper directs the attention to the impact of public appearances of prominent individuals in protests on the intensity of subsequent protests in autocracies.

Tilman Brück, Neil Ferguson, Paulina Rebolledo & Lame Ungwang, International Security and Development Center (ISDC), Berlin – Does Talking Peace Build Peace? Evidence from a Mass Media Intervention at the Mali / Niger Border

Abstract: Mass media has long been accepted to reflect public opinion and to be a driver of it. This truism, it seems, holds in conflictual societies as in others, with radio broadcasts in particular known to influence the onset and intensity of violence and to prop up support for authoritarian regimes. Can these same processes be used to build peace? In this article, we look at the impact of peace programming, broadcast through a series of small-scale "community radio" stations at the Mali / Niger border. Using the short broadcasting ranges of these community stations, we develop a geographic RDD approach that compares communities just inside the broadcasting range to those just outside. Preliminary results suggest moderate positive changes to the geographic and temporal variation in violence within broadcasting ranges six months after the broadcasts began, in comparison to longer-term trends. However, we see little sign of change in economic and social domains, proxied by data collected on populations, land usage and night lights.

Anna-Lena Hönig & Roman Krtsch, Universität Konstanz – Personalizing Mobilization. The Impact of Public Figures in Protest Events

Abstract: Celebrities, dignitaries, and other public figures have the power to draw large crowds. Do such public appearances have the same effect in contentious settings and in particular, if prospective participants fear sanctions by a repressive regime? Anecdotal evidence from Myanmar's democracy movement or the US civil rights movement suggests that the presence of leading figures such as Martin Luther King Jr. can in fact have a strong mobilizing impact on protest movements. We study to which degree the public appearances of prominent individuals in protests affect the intensity of subsequent protests. By examining protests in autocracies, we contribute to understanding mobilization processes in the face of repression. Our theoretical argument focuses on mobilization theory. In particular, both resource mobilization and framing theory suggest a pull-effect of public figures at protest events. We hypothesize that public appearances increase the intensity of protests. Despite being well documented for individual

cases, this link has not yet been assessed empirically on a large-scale base. We combine novel, hand-coded information on the participation of individuals in protest events with the Mass Mobilization in Autocracies Database to study this effect for autocracies between 2003 and 2015. Our preliminary findings identify a significant positive effect of public appearances on protest intensity.

Discussants: *Julia Leib*, Universität Leipzig & *Iris Volg*, Goethe-Universität Frankfurt

- **AK Curriculum und Didaktik**

Chair: *Miriam Tekath*, Philipps-Universität Marburg

- **AK Kultur und Religion**

Offene Sitzung für alle Interessierten. Der AK Kultur und Religion hat in den vergangenen Jahren leider wenig Aktivität gesehen. Mit diesem offenen Treffen soll Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, die Zusammenarbeit in dem AK zu reaktivieren.

- **AK Theorie**

Chair: *Lotta Mayer*, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Heidelberg & *Frank A. Stengel*, Christian-Albrechts-Universität Kiel

12:30 - 14:00 Uhr Mittagessen und Pause

14:00 - 15:30 Uhr SLOT 4: Fünf parallele Panels

(14) Panel: Reparation Politics in a Time of Crisis

Chair: *Susanne Buckley-Zistel*, Philipps-Universität Marburg

Description: The global crisis caused by the war in Ukraine as well as ongoing conflicts in other parts of the world put the question of the redress of past and current human rights violations in the spotlight. Reparations are one of the main pillars of transitional justice, with the UN Basic Principles and Guidelines on the Right to a Remedy and Reparation guaranteeing victims' right to 'adequate, effective and prompt reparation for harm suffered' (art. VII b). In fact, besides truth and accountability, reparations are amongst victims first demands in the aftermath of violence. Despite the importance of reparations for survivors and the enshrinement of the right to reparations in international law, the realisation of reparation programs has faced serious limitations and a 'gap between, on the one hand, standards and aspirations and, on the other hand, the realities of leaving victims without redress and remedies' (van Boven 2013, 18) continues to exist. At the same time, questions around who can receive reparations as well as the topic of victimhood more generally remain highly politicised in many post-conflict contexts and impact the non/implementation of reparations, a factor that has not sufficiently been explored to date. In line with this, there is also a lack of research on the exact role of survivors in reparation politics as well as more generally transitional justice processes and the way they shape the outcomes of transitional justice. The panel investigates the topic of reparations and the outlined gaps from different angles, bringing together insights from a variety of case studies in transitional societies. By exploring the entanglement of reparations with other dimensions of transitional justice such as accountability or truth-finding as well as analysing the role of different conflict types and political framework conditions, the panel aims to further our understanding of the factors that determine reparation politics. At the same time, the panel also draws attention to the way survivors themselves impact the transitional justice process,

mobilising around own transitional agendas and acting as political collective actors in their own right.

Contributions: *Selbi Durdiyeva*, Philipps-Universität Marburg – Children of the Gulag, Long Road to Justice: The Challenges and Limitations of Reparations in Russia

Abstract: The article examines the 2019 judgement of the Constitutional Court of Russia concerning the right to compensation of housing and right to return of the children of the victims deported by the Soviet state to the gulag or exile. Despite the favourable judgement of the Constitutional Court, the right to remedy for the victims was still unattainable. The paper examines why this was the case by drawing on the absence of internal and external coherence of reparation programmes, the approach to reparations throughout history in the Soviet Union and Russia, the Law on Rehabilitation and other factors that rendered the reparations unobtainable. The paper argues that in the absence of holistic TJ measures and accountability for crimes, separate laws and court judgments have been unable to deliver justice, resulting in a long, cumbersome, and often humiliating and fruitless process for victims attempting to claim their rights.

Thorsten Bonacker, Philipps-Universität Marburg – Conflict Legacies in the Politics of Reparation. The Impact of the Type of Conflict on Victim Compensation

Abstract: The paper discusses the question of what impact the type of conflict has on the likelihood of victims receiving reparations after the end of organised violence. In the context of research on dealing with violent pasts, victims have received increased attention in recent years. The main focus of this research has been on questions of victim participation in transitional justice instruments or the satisfaction of victims with transitional justice processes and especially with reparations. Recent research shows very clearly that reparations are selective in two respects: On the one hand, not all transitional justice processes include material compensation, and on the other hand, not all victim groups benefit from compensation. Against this background, the paper raises the question of what influence the conflict context has on whether and to whom reparations are paid. For this purpose, a systematic distinction is made between four conflict types: identity-based intra-state conflicts, autonomy and secession conflicts, state repression and anti-regime conflicts. Based on empirical data from various case studies, it is shown that the conflict type makes it easier for certain groups to successfully claim reparations after the end of violence. In this context, the strategic framing of actors plays a central role, with which actors succeed in ascribing moral authority to idealised victims.

Pia Falschebner, Philipps-Universität Marburg – Victims as Transitional Justice Actors in Morocco

Abstract: Over the last few decades, transitional justice has witnessed a shift of focus from perpetrators towards victims and a growing emphasis on victim participation. In line with increasing calls to put victims' agency in the spotlight, this paper wants to highlight victims' role as collective political actors in transitional justice processes by zooming in on victim mobilisation around reparations, accountability, and truth-finding in Morocco. As an paradigmatic case of transitional justice where the elite showed limited interest in dealing with the past and no regime change occurred, Morocco proves to be a fascinating case to study the role of victims in bringing about and shaping transitional justice. At the same time, the context of ongoing repression and power maintenance makes Morocco a particularly interesting

case to highlight victims' agency and to understand how survivors strategically position themselves and raise demands towards the state in the midst of and despite limiting structures. A political situation best described as 'transition within continuation' (Loudiy 2014: 82) furthermore means that struggles around transitional justice in Morocco mirror and serve as a platform for broader struggles around power and democratisation. Based on empirical insights, the Moroccan victim movement's struggle for a meaningful transitional justice process will be analysed to shed light on the role of survivors as transitional justice actors that both resist official transitional politics and strategically push for their own transitional justice agenda.

(15) Panel: The Role of Nonviolence and Violence in Conflict Escalation and De-escalation

Chair/Discussant: *Véronique Dudouet*, Berghof Foundation Berlin

Description: Research on armed conflict, repression and nonviolent resistance has shed new light on many puzzles within conflict studies over recent years; what makes nonviolent resistance successful, how armed conflicts start and are resolved over time and how nonviolent resistance impacts armed conflicts and the likelihood of peace. However, besides the acknowledgement that nonviolent and violent tactics often appear simultaneously, little research has explored the overlap between the two. As a result, questions on how nonviolence and violence influence each other remain understudied. Do nonviolent and violent strategies substitute each other or can they be complementary and mutually beneficial for different conflict actors? And how does the simultaneous appearance of nonviolent and violent strategies affect the lifecycle of conflicts and their resolution? This panel tackles these questions by investigating how nonviolent and violent strategies shape conflict dynamics across different conflict types. The panel thus contributes new insights on the drivers behind a turn to violence in contentious movements, the importance of nonviolent activism for lasting peace in post-conflict societies, and the impact of nonviolent action online on coercive state repression. Through its papers on different types of conflicts, the panel seeks to improve the analysis of intersecting tactics in conflict, contributing to a better anticipation of conflict escalation and de-escalation patterns around the world.

Contributions: *Finn Klebe*, University College London – *Accomplice or Spoiler? Introducing a New Theory and Empirical Analysis of Violent Wings and their Role within Contentious Movements*

Abstract: Under what circumstances do contentious movements turn violent? And how do nonviolent and violent movement groups interact? Previous work has put forward three explanations for the turn to violence: violence as a a) sporadic clash; b) force of disintegration; c) and trigger for further escalation. The current project theorises the role of violence as a continuous coexistence of different tactics. Incorporating both the turn to violence and varying relations between nonviolent and violent groups, the project proposes a new theory that considers a change in tactics through cost-benefit calculations that are driven by varying constituency support. Trying to maximise constituency support and government concessions, movement groups will adapt tactics to a changing environment. Nonviolent groups turn violent when facing repression, closed institutions, and anticipating violence. Violent groups perpetrate violence when repression is absent, while having access to institutions, and when not anticipating state violence. The interaction of nonviolent and violent groups is likewise driven by these factors, yet the intensity of violence ultimately determines whether we see cooperation or competition. Nonviolent groups consider violent groups as Accomplices when they engage in targeted violence. Violent groups appear as Spoilers when turning to indiscriminate violence. I test the theory's propositions by employing a multi-method research

design. A large-N analysis tests the impact of repression, closed institutions, anticipated violence, and the intensity of violence on the turn to violence and varying group relations. Analysing the anti-apartheid movement in South Africa 1960-1994 and the German student revolts 1968, the second part of the research design zooms in on the causal mechanism. The project seeks to contribute to a better anticipation of conflict dynamics – recognizing paths to violent escalation and its varying effects early on.

Luke Abbs, University of Winchester & *Margherita Belgioioso*, University of Leeds – Breaking the conflict trap: Nonviolent Mobilisation and the Reoccurrence of Civil War

Abstract: A growing body of literature shows that nonviolent mobilization is more effective in achieving positive political transitions than violent rebellion, and improves long-term democratic governance. Yet little research has explored the impact of nonviolent action on lasting peace in post-conflict settings. We argue the presence of nonviolent mobilisation reduces the likelihood of conflict recurring in post-conflict settings by improving political pluralism. Nonviolent action deters motivations and opportunities to return to armed conflict, by encouraging a participatory culture and by pressuring post-conflict governments to respect civil liberties and maintain open space for freedom of association and expression of grievances. Leveraging V-Dem data on social pluralism and data from the Phoenix Historical Event Dataset, we test these propositions using a causal mediation analysis on 1017 observations on all post-civil war years from 1990 to 2011. Our findings suggest that the impact of nonviolent mobilisation decreases the likelihood of civil war reoccurrence by increasing freedom of expression and government respect for civil liberties. This study contributes to a growing body of literature on the impact of nonviolent action on armed conflict and notes the importance of civilian mobilisation in post conflict societies, informing policy guidance on the UN's Sustainable Development Goals.

Véronique Dudouet, Berghof Foundation Berlin - Cooperation, representation, rivalry or cooptation: Interactions between nonviolent protest movements and armed groups during peace processes

- (16) Workshop: Friedensforschung in Zeiten von Eskalation und Krieg, quo vadis?**
Organisation: *Juliana Krohn*, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck & *Philipp Lottholz*, Philipps-Universität Marburg

Description: Der Ukraine-Krieg und die ihm vorausgegangene Eskalationsspirale haben die Notwendigkeit friedenswissenschaftlicher Ansätze von Neuem unterstrichen. Jedoch scheinen diese es trotz des fortgeschrittenen Krieges weiter schwer zu haben, sich gegenüber anderen Positionen zu behaupten, vor allem angesichts der Diskursverengung, die in der medialen Berichterstattung vielfach zu beobachten ist. Der vorgeschlagene Workshop soll dieses Bild differenzieren und mögliche weitere Schritte sowie neue Impulse für die Etablierung und Durchsetzung von friedenswissenschaftlichen und friedenslogischen Ansätzen erarbeiten helfen. Konkret soll also der Frage nachgegangen werden, wie sich die Friedensforschung angesichts geringer werdender Möglichkeiten für offenen und kritischen Austausch und zunehmender Polarisierung der öffentlichen wie auch akademischen Debatte behaupten und einen Beitrag zu einer friedlichen Beilegung von Konflikten, insbesondere des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, liefern können. Die Gestaltung als Workshop soll einen Raum eröffnen, in dem heterogene Positionen in einen konstruktiven Austausch treten können und ein von- und miteinander Lernen gefördert wird. Als Grundstruktur werden drei Themenfelder – Konzepte, Praktiken, Strategien – vorgeschlagen, die in Vorbereitung auf die Veranstaltung unter

Berücksichtigung der Entwicklungen der nächsten Monate sowie auf Basis von Feedback von angemeldeten Teilnehmenden erweitert und angepasst werden. Die Themenfelder sind bewusst offen (dementsprechend im Plural) gehalten, um einen Austausch mit Wissenschaftler*innen und Akteur*innen anzuregen, auch wenn sie nicht (explizit) mit friedenswissenschaftlichen Ansätzen arbeiten, aber an Austausch und Dialog interessiert sind. Dementsprechend sollen im Themenfeld „Konzepte“ zentrale friedenswissenschaftliche Ansätze, bspw. Friedenslogik, Sicherheitslogik, feministische oder herrschaftskritische Friedensforschung, besprochen und in Beziehung miteinander gesetzt werden. Diese Verortung wird ferner hinsichtlich der „Praktiken“ konkretisiert, welche diese Ansätze beinhalten, bzw. nach sich ziehen, etwa in den Bereichen Mediation, Bildung oder Politik, aber auch in konkreten Fragestellungen zum Umgang mit dem Krieg in der Ukraine. Unter „Strategien“ sollen die Teilnehmenden weitere Schritte und Ansätze, inklusive konkreter Handlungsoptionen, zur Etablierung und Umsetzung von Friedenswissenschaft im Lichte bisheriger positiver Einflüsse, Lehren und aktueller Herausforderungen diskutieren.

(17) Input und Fishbowl: Inter-, Multi- und Transdisciplinarity in Peace and Conflict Studies.

Perspectives from Climate Impacts Studies regarding the Climate-Security Nexus

Chair: *Stefanie Wesch*, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), Potsdam

Description: Die Junge AFK setzt sich für das Nachwuchs*Kolloquium 2023 die Disziplinarität(en) in der Friedens- und Konfliktforschung und der damit verbundenen, im Namen natürlich enthaltenen, Forschung, aber auch Praxis und Lehre, zum Thema. Um dieses Thema nicht 'nur' im Rahmen unseres Kolloquiums zu diskutieren und in Bemühung um eine Verbindung der beiden Kolloquien und ihrer Teilnehmer*innen, schlagen wir vor, einen Roundtable zu veranstalten, der sich speziell den Möglichkeiten und Herausforderungen der multi-, inter-, und transdisziplinären Forschung zu Klimakonflikten widmet. Dieses Feld bringt Forschende aus einer Breite von geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Feldern, aber auch aus sowol den Geistes- als auch Naturwissenschaften, zusammen, deren theoretische, methodische und konzeptionelle Ansätze ein vielfältiges und dynamisches Umfeld schaffen, in dem die Vereinbarkeit und Zusammenarbeit dieser Ansätze jedoch auch an ihre Grenzen stoßen kann.

Die Frage einer Neuordnung der europäischen und globalen Sicherheitspolitik stellt sich im Blick auf die Klimakrise auf vielfache Weise. Die bereits zu beobachtenden Folgen des Klimawandels forcieren Veränderungen, die durch ihre drastischen Charakteristika eine Art der 'Zeitenwende' eigener Art konstituieren. Die Klimakrise verschärft Ungleichheiten zwischen dem globalen Süden und Norden, innerhalb internationaler Regionen und nicht zuletzt auch innerhalb von Gesellschaften. Wenn die jetzt bereits beobachteten klimatischen Veränderungen sowie die Forschung zu Klimafolgen, soziale Kippunkte begünstigen, können globale soziale Bewegungen

Regierungen zum Handeln drängen. Kaskadisch kann die Klimakrise die Gesundheit und Ernährungssicherheit von Menschen bedrohen, als push Faktor zu Migration und Vertreibung führen und durch Zielkonflikte zu gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Gruppen sowie Staaten führen. Auch völkerrechtlich wird die Klimakrise über die FuK beforscht und wirft die Frage der Klimagerechtigkeit auf.

Im Rahmen des Roundtables laden wir Klimaforschende aus unterschiedlichen Disziplinen dazu ein, ihre Forschung, methodischen Ansätze, und Erfahrungen mit Kollaboration und Austausch mit Wissenschaftler*innen anderer Disziplinen zu teilen. Wir gedenken, zusätzlich eine Person, die explizit 'FuK-näher' forscht und einen theoretischen oder methodischen Input geben kann, einzuladen, haben für diese Rolle aber noch keine Anfragen getätigt. Die Sprache des Panels wird voraussichtlich von der genauen Zusammensetzung der Teilnehmenden abhängen, Englisch wäre jedoch unsere präferierte Sprache.

Teilnehmende: *Carl-Friedrich Schleussner*, Humboldt-Universität Berlin
Dana Schirwon, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin
Md. Nadiruzzaman, Universität Hamburg/Maastricht University

(18) Roundtable zu einer geplanten Special Issue der ZeFKo zum Thema: Transnationale Unternehmen, Gewalt und Konflikt

Description: Die globale Friedensordnung ist eng mit globalen ökonomischen Strukturen und den Aktivitäten privater Unternehmen verknüpft. Gerade große transnationale Konzerne spielen in den aktuell viel diskutierten Krisen der europäischen und globalen Friedensordnung eine zentrale Rolle. Man denke etwa an mangelnde Ernährungssicherheiten, Energiemangel, Rohstoffpreisentwicklungen, globale Klima- und Biodiversitätsnotstände und mit diesen Krisen verbundene gesellschaftliche Ungleichheiten und Konflikte. Wiederkehrende Proteste gegen große Infrastrukturprojekte, ausbeuterische Arbeitsbedingungen, Gewalt gegen Gewerkschaften und Konflikte um den Zugang zu Land und Ressourcen sind nur einige Beispiele für die Verflechtung von strukturellen Ungleichheiten, Hierarchien in der Weltwirtschaft und profitorientierten unternehmerischen Handlungslogiken. Manifeste inner- und zwischenstaatliche Gewaltkonflikte zeigen zudem immer wieder die zentrale Bedeutung transnationaler Wirtschaftsstrukturen und die Einflüsse transnationaler Konzerne und ihrer Lieferketten. In diesem Sinne lassen sich viele Konflikte mit dem Verweis auf historisch gewachsene, transnationale Akkumulations- und Produktionsprozesse sowie die politisch und rechtlich gefestigte Position von privaten Unternehmen erklären. In diesem Zusammenhang werden transnationale Konzerne als eigenständige Akteure und politische Institutionen im transnationalen Raum wahrgenommen - nicht nur wegen ihrer vielfältigen Einflüsse auf nationale politische Entscheidungen, sondern auch wegen ihrer prägenden Bedeutung für politische, wirtschaftliche und rechtliche Institutionen und Regulierungsprozesse auf nationaler, transnationaler und internationaler Ebene. Sie sind an der Schaffung von (transnationalem) Recht beteiligt und haben in vielen Fällen die Grundversorgung der Bevölkerung übernommen - in manchen Kontexten haben Unternehmen sogar schon Grundversorgungsleistungen erbracht, bevor es einen funktionierenden Nationalstaat gab. Das Unternehmen entzieht sich dabei einer klaren Positionierung innerhalb der Unterscheidung von öffentlicher und privater Sphäre, die von der liberalen Tradition geprägt wurde. Die Friedens- und Konfliktforschung hat begonnen, sich auf die Rolle bestimmter Unternehmen in Konflikten sowie auf das sozioökonomische Umfeld gesellschaftlicher Unruhen zu konzentrieren. Ein umfassendes Bild von Konflikten, das die

politische Rolle von transnationalen Konzernen sowie die sie umgebenden wirtschaftlichen und rechtlichen Dynamiken systematisch einbezieht, muss jedoch erst noch gezeichnet werden. Der Roundtable bringt Beiträge zusammen, die sich dieser Herausforderung im Rahmen eines geplanten Special Issue der Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (ZeFKo) widmen und die politische Ökonomie transnationaler Konzerne als wichtige Einfluss- und Kontextfaktoren von Konflikt und Gewalt analysieren.

Teilnehmende: *Alke Jense*, Arnold Bergstraesser-Institut, Freiburg
Alexandra Bechtum, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, tbc
Felix Anderl, Phillips-Universität Marburg

sowie die Gastherausgeber*innen der geplanten ZeFKo-Sonderausgabe:
Hannah Franzki, Freie Universität Berlin
Carolina A. Vestena, Universität Duisburg-Essen
Christian Scheper, Universität Duisburg-Essen

Discussant: *Jana Hönke*, Universität Bayreuth, tbc

15:30 - 16:00 Uhr Pause mit Kaffee/Tee/Kuchen

16:00 - 17:30 Uhr SLOT 5: Podiumsdiskussion

Podiumsdiskussion: Zeitenwende?! Deutschland und die europäische Friedensordnung

Moderation: *Simone Wisotzki*, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M./1. Vorsitzende des AFK-Vorstands

Teilnehmende: *Agnieszka Brugger*, Bündnis 90/Die Grünen
Andreas von Brandt, Auswärtiges Amt
Pia Fuhrhop, Stiftung Wissenschaft und Politik
David Scheuing, Wissenschaft und Frieden, Lüchow

ab 18:00 Uhr Abendessen

19:00 Uhr Mitgliederversammlung der AFK

Samstag, 01. April 2023

ab 8:00 Uhr Frühstück

9:00 - 10:30 Uhr **Treffen der Arbeitskreise**

- **AK Herrschaftskritische Friedensforschung**
Chair: *Juliana Krohn*, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck & *María Cárdenas*, Goethe-Universität Frankfurt

Offene Sitzung für alle Interessierten - wir freuen uns auf viele bekannte und neue Gesichter! Auf der Agenda stehen Bericht, Ausblick und Diskussion vergangener und zukünftiger Aktivitäten sowie die Sprecher*innen-Wahl.

- **AG Diversity**
Wie diversitätssensible Verbandsarbeit gestalten?
Chair: *Christine Buchwald*, Hochschule Rhein-Waal

Die Arbeitsgruppe Diversity lädt herzlich alle Interessierten ein, gemeinsam über Visionen für die Verbandsarbeit nachzudenken, bereits gemachte Schritte und blinde Flecken zu identifizieren und zukünftige Handlungsschritte zu planen.

10:30 - 11:00 Uhr Pause mit Kaffee/Tee

11:00 - 12:30 Uhr SLOT 6: Vier parallele Panels

(19) Panel: **Dynamics and Outcomes of Peace**
Chair: **Negotiations** *Julia Leib*, Universität Leipzig

Description: This panel discusses different aspects of peace negotiation dynamics and their effects on compromise of controversial issues, norm diffusion and civil resistance. The first contribution examines how negotiating a peace agreement with extremist insurgents differs with regard to the actors' willingness and ability to compromise. The second paper provides an answer to the question of to what extent and how norms in peace mediation are internationally accepted and diffused. The final paper examines how antiwar protests and strikes influence the conflict parties' willingness and ability to compromise during peace negotiations and reach a settlement.

Contributions: *Meri Dankenbring*, Goethe-Universität Frankfurt - Negotiating with extremists – from insurgent ideology to peace agreement content

Abstract: While there are plenty of theories on the influence of different ideologies on negotiations, we lack systematic empirical insights into the role of ideology in the bargaining process of peace agreements in civil war. To contribute to filling this gap, I look into how signing a peace agreement with extremist insurgents is different. I argue that extremist positions make talks more difficult through incompatible and often indivisible demands, as well as by exacerbating commitment problems. At the same time, they increase prejudices and hatred towards the out-group, which makes concessions harder to justify to the respective audience. I therefore argue that actors' willingness and ability to compromise is lower when the insurgents hold an extremist ideology. In order to evaluate my expectation, I draw on a theoretical framework that conceptualises negotiations as talks by the actors at the table about the issues on the table. While some issues – such as ceasefires – are less controversial, some – e.g., power-sharing – are more difficult to resolve. Depending on how willing and able the actors are to compromise, they will be (un)able to settle the more controversial issues, thus leaving them with a more or less extensive settlement. I use the actors' compromise propensity as dependent variable; estimated as a latent variable using an Item Response Model on peace agreement data. However, this results in a left-censoring of the dataset: When compromise propensity is particularly low, actors will be unable to sign any agreement, and there will be no estimated score of the latent variable. Therefore, I additionally test whether extremist insurgents negatively affect the probability of the actors signing an agreement.

Julia Leib, Universität Leipzig – Pathways to victory or settlement: Domestic factors, bargaining dynamics and the role of outside intervention in civil war termination

Abstract: While civil wars were historically fought to the finish with the complete military defeat of the losing side, they have become more likely to end in negotiated settlements rather than victory by one side. The current literature explains these different outcomes by turning to three basic types of explanations: domestic factors, bargaining dynamics, and international intervention. Although these factors might individually explain the likelihood of certain civil war outcomes, little is known about their interaction and the complex patterns in which they put a conflict on the pathway to victory or settlement. To explore and assess how context matters for civil war outcomes, the paper first connects research on structural factors, bargaining conditions and outside intervention. Second, it provides a Qualitative Comparative Analysis (QCA) on civil wars fought between 1946 and 2019 to determine the context patterns that are sufficient for different types of civil war outcomes. Results show distinct patterns for each type of termination that highlight dependencies between the different context factors previously studied in isolation. Short case studies on typical cases for each outcome pattern put the results to a plausibility test and highlight the causal relation between the sufficient context patterns and civil war outcomes.

Iris Volg, Goethe-Universität Frankfurt – Civil Resistance and the Dynamics of Peace Negotiations: The Impact of Antiwar Protest

Abstract: Whether it is Syrians in northern Aleppo protesting attacks on residential areas or Liberian women rallying to force the president to negotiate a peace agreement – citizens sometimes take to the streets amid civil conflict, despite possible dangers. The fact that citizens choose to mobilize for protests and strikes under such conditions raises the question of whether civil resistance offers a way to exert influence on the conflict parties and the outcome of peace negotiations without resorting to violence. Quantitative research shows that civil conflict is not a favorable context for the success of nonviolent movements striving for maximalist goals like regime change or secession. However, case studies suggest that civil resistance can be quite influential when it comes to more narrow goals related to peace negotiations. At the same time, we have only limited insight into the connection between civil resistance and peace negotiations based on quantitative large-n analysis. To add to this literature, this paper addresses the following research question: How do antiwar protests and strikes influence the conflict parties' willingness and ability to compromise and hence the content of peace agreements? I study peace agreements in African intrastate conflicts between 1990 and 2012, applying pooled OLS regression and a Heckman Model.

Discussants: *Roos van der Haer, University of Leiden & Levke Aduda, Georg-August-Universität Göttingen & University of Nairobi*

(20) Alternatives Format: Arbeit in der Wissenschaft als Konfliktfeld

Organisation: *Madita Standke-Erdmann, King's College London & Werner Distler, University of Groningen*

Description: In den vergangenen Jahren wurden durch öffentliche Kampagnen und Publikationen (#IchbinHannah / #IchBinReyhan) und gesetzliche Reformbemühungen lang existierende Konflikte über den Arbeitsmarkt Wissenschaft in Deutschland einer breiteren Öffentlichkeit

sichtbar. Im Mittelpunkt dieser Konflikte stehen Fragen der Qualifizierung, die Dauer und Qualität von Arbeitsverträgen, der Zugang zu Dauerstellen, sich überschneidende und interdependente Formen der Diskriminierung und die Gesundheit von Personal an wissenschaftlichen Einrichtungen. Konflikte manifestieren sich aktuell durch die Gründung neuer solidarischer Bündnisse, beispielsweise zwischen Mittelbau-Initiativen und Studierenden auf der einen Seite und juristische Angriffe einzelner Universitäten auf Reformgesetze bzw. die Unsicherheit noch steigernde Vorschläge für den Arbeitsmarkt Wissenschaft auf der anderen Seite (beispielsweise durch die Hochschulrektorenkonferenz vom Sommer 2022). Gegen das im September 2021 in Berlin geltende neue Hochschulgesetz, das einer kleinen Gruppe Postdoktorand:innen Dauerstellen ermöglicht hätte, legte die HU Berlin im Dezember 2021 Klage am Bundesverfassungsgericht ein. Es folgte eine „Normenkontrollklage“ durch die CDU Fraktion Berlin am Berliner Verfassungsgericht und eine Reihe sich stark widersprechenden Rechtsgutachten. Solche Eskalationen verdeutlichen, dass aus Reformbemühungen durchaus ein „Kampf für Dauerstellen“ (GEW) geworden ist, der auch überraschende Folgen haben kann: Nach Nachbesserungen am Berliner Hochschulgesetz plant die HU Berlin trotz ausstehender Klagen im Herbst mit verschiedenen Karrierewegen für Postdocs und wohl auch mit Entfristungen ab 2023.

Auf dem Panel sollen Stimmen zu Konflikten um den Arbeitsmarkt Wissenschaft Raum finden, um Herrschaft und das Wirken von Macht in der Wissenschaft sichtbar zu machen. Vertreter*innen von Initiativen, Gewerkschaften und Politik werden in kurzen Inputs ihre Positionierungen im Konfliktfeld reflektieren und über Strategien von Wirksamkeit, Widerstände und Hürden berichten. Im Anschluss werden die Erfahrungen, Formen der Konfliktaustragung und mögliche Wege in die Zukunft erst in kleineren Runden, dann im Plenum diskutiert, auch unter Berücksichtigung der Frage, ob und wie in der FuK und in der AFK Veränderungen in die Wege geleitet werden können.

Teilnehmende: *Martina Regulin*, Vorsitzende der GEW Berlin

Martin Scheuch, Bündnis90/Die Grünen, BAG Wissenschaft Hochschule
Technologiepolitik

Peter Ullrich, Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft

(21) Panel: **De- and reconstructioning the Global and European Peace Order**

Chair: *Berthold Meyer*, Philipps-Universität Marburg

Contributions: *Jonas J. Driedger*, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M. – Step by Step: Prerequisites and Paths to Re-Establishing a European Peace Order

Abstract: Russia's invasion of Ukraine in early 2022 seemed to show, definitively, that there was no "European Peace Order" connecting the transatlantic space, Ukraine, and Russia. However, there is evidence of such a peace order (albeit a "thin" one) between the early 1990s and the mid-2000s. This period was marked by a virtual absence of militarized interactions and simultaneously thickening economic, social, and political ties, corresponding with Charles Kupchan's zones of rapprochement and Benjamin Miller's regions of cold peace. Well before the invasion, Russia had, explicitly and violently, sought to avert Ukrainian EU and NATO membership, and Ukraine had long received transatlantic support in resisting Russian pressure, further highlighting that accounts of the causes of the war, and ways to pacify it, should incorporate both a

regional and a temporal perspective. With this in mind, the paper asks “which pathways to stable peace between Ukraine and Russia are theoretically sound, empirically grounded, and politically feasible?” The paper addresses this question through three contributions. First, drawing on theoretical advancements in studies on regional systems in international politics, zones of peace, and regional war, the paper develops an eclectic and multicausal framework for the emergence and decline of regional orders of peace, explicating which stages and mechanisms characterize emergent and declining transitions. Second, drawing on secondary literature and interviews conducted by the author in Kyiv, Moscow, Berlin, and Washington, D.C., the paper probes the explanatory utility of this framework with the emergence and decline of a thin peace order in the Ukraine-Russia-Transatlantic spatial triangle from the 1990s up until 2022. Third, the paper evaluates which policies, and which sequencing of policies, could best be expected to facilitate the reemergence of a peaceful order in Europe. The paper thereby also contributes to the larger study of regional orders, peaceful conflict transformation, and European security.

*Florian Hubert & Isabel Serpa da Silva, Goethe-Universität Frankfurt –
Kontestiert Verantwortung – Russlands Krieg und die neuen
Rahmenbedingungen außenpolitischen Handelns*

Abstract: ‘Internationale Verantwortung’ als ordnungspolitisches Konzept gestaltet außenpolitisches Handeln ebenso unmittelbar und konkret, wie es spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine auch zu einem der umstrittensten Kernbegriffe konkurrierender Ordnungspolitiken avanciert ist. Der Angriffskrieg stellt einen solchen Modus des Handelns in der Weltpolitik nicht nur fundamental in Frage; es lässt sich auch zeigen, wie Russland selbst regionale Ordnungsansprüche mit Rückgriff auf Verantwortungsvorstellungen zur Verteidigung russischer Sprache, Kultur und Geschichte im sogenannten „nahen Ausland“ in aggressiver Form geltend macht. Dieser Beitrag greift den russischen Angriffskrieg in der Ukraine als Ausdruck einer sich wandelnden internationalen Ordnungspraxis auf. Er nimmt die Situation zum Anlass, um die Rechtfertigungen des Angriffskrieges zu rekonstruieren und mit solchen zu kontrastieren, die bereits im Kontext des Afghanistanrückzuges profunde Verschiebungen aufzeigten. Dabei begreifen wir die gegenwärtige Transformation von Ordnung als sozialen Prozess, der sich durch die Be-, Zu- und Abschreibung von Verantwortlichkeiten in Form sprachlich artikulierter Festlegungen, gliedert. Wir zeigen empirisch auf, wie verschiedene Verantwortungskonzeptionen innerhalb konkurrierender Staatengruppen den überkommenden Hintergrund bilden, vor dem ‚der Westen‘ ebenso zwischen der (Un-)Möglichkeit alternativer Handlungsalternativen unterscheidet, wie dies nun zunehmend proaktiv auch bei der Staatengruppe um Russland, China und Ländern des globalen Südens attestiert werden muss. Damit skizzieren wir einen bislang marginalisierten Aspekt neuer Rahmenbedingungen für außenpolitisches Handeln, der verdeutlicht, wie ausgerechnet ein vormaliges Kernkonzept liberaler Ordnung Weltbilder anleitet, aus denen Russland und China gegenläufige Handlungen schlussfolgern. Wir kommen so zu dem Ergebnis, dass Verantwortungsperformanzen in der internationalen Politik nach dem Afghanistanrückzug und mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine neue Formen annehmen. Diese folgen ihren je eigenen Rationalitäten, die sich auf konträre Festlegungen stützen und das, was wir unter Ordnung verstehen, verändern. Diese Festlegungen zugänglich zu machen, präsentieren wir als eine Voraussetzung, um verlässliche Erwartungen in der Konfliktforschung zu generieren und Möglichkeiten für kongruentes Handeln in der internationalen Politik zu identifizieren.

Henning de Vries, Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam – Niedergang der globalen Rechts- und Friedensordnung? Zwischen dem Recht des Stärkeren und der Stärke des Rechts

Abstract: Die liberale Weltordnung steht seit Jahren unter Druck. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist das letzte erschütternde Ereignis. Auch Chinas aggressives Verhalten gegenüber Taiwan fügt sich in dieses Bild ein. Sie scheinen das Recht des Stärkeren zu behaupten. Gleichzeitig gibt es globale Solidarität, die sich in der Abstimmung der Generalversammlung „United for Peace“ und der Unterstützung ukrainischer Flüchtlinge zeigt. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat seine Ermittlungsarbeit aufgenommen und dokumentiert die Kriegsverbrechen in der Ukraine. Vor dem Internationalen Gerichtshof kann Russland seine Darstellung einer legitimen „Spezialoperation“ nicht etablieren und verliert mit dem Verlauf des Krieges zunehmend an Glaubwürdigkeit – auch im eigenen Land mit der Teilnahmemachung. Das Recht scheint seine Stärke behaupten zu können. Vor diesem Zerrbild erheblicher Verletzungen der globalen Rechts- und Friedensordnung und dem Festhalten an dieser durch Staaten, internationale Organisationen sowie Individuen stellt sich die Frage nach ihrer Zukunft. Das zentrale Argument ist, dass die Beschreibung dieser Ordnung im Verständnis liberalen Fortschritts zwischen dem Recht des Stärkeren und der Stärke des Rechts unzureichend ist. Dagegen soll eine rechtssoziologische Perspektive auf die empirische Komplexität ihres kontinuierlichen Wandels vertreten werden. So entstand Souveränität als eines der Grundkonzepte der heutigen Friedens- und Rechtsordnung in der Frühen Neuzeit Europas, um eine weltliche, in den Staaten inhärente Ordnung zu repräsentieren, die sich explizit von der mittelalterlichen Einheit weltlicher und geistlicher Sphäre unterschied. Diese Ordnungsvorstellung war einerseits stets vom Gedanken formeller Gleichheit getragen und sah sich andererseits den Machtungleichgewichten der Staaten gegenüber. Daraus ergaben und ergeben sich Folgeprobleme, die im 19. Jahrhundert als Herausforderung friedlicher Streitbeilegung unter souveränen Staaten formuliert wurde. Diese Herausforderung im historischen Verlauf zu analysieren, lenkt den Blick auf die komplexe Strukturiertheit global-gesellschaftlicher Entwicklung fernab programmatischer Festlegungen.

(22) Fishbowl: Krieg als Brille: Theorien von Ende und Wandel europäischer Friedensordnungen im Kontext des Krieges in der Ukraine

Organisation: *Lotta Mayer*, Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V., Heidelberg & *Christoph Weller*, Universität Augsburg

Description: Die Frage, wie sich der gegenwärtige Wandel der bisherigen europäischen und globalen Friedensordnung denken und verstehen lässt, verweist nicht nur auf die gegenstandsbezogene Dimension eines Prognostizierens und/oder „Herstellens“ eines möglichen künftigen Zustands („Wie könnte eine neue Friedensordnung aussehen? Wie könnte dies erreicht werden?“). Vielmehr ist hochgradig und unhintergebar theorieabhängig, auf der Grundlage welcher Perspektiven sich vom Ende der europäischen oder globalen Friedensordnung sprechen oder eine neue Friedensordnung denken lässt, welche Aspekte in die Konstruktion einer solchen Prognose, die Einschätzung einerseits der Eintrittswahrscheinlichkeit und andererseits der Wünschbarkeit unterschiedlicher Szenarien und die Wege, auf denen der fragliche hypothetische Zustand erreicht werden könnte, einfließen. Entsprechend will dieses Panel unter aktiver Einbeziehung aller Teilnehmenden eruieren, welche Szenarien sich auf der Basis welcher

Theorieansätze entwickeln lassen, mit Bezug auf welche normativen Annahmen Friedensordnungen mehr oder weniger wünschenswert sind, und derart sowohl auf die spezifischen Blindstellen und Stärken unterschiedlicher Theorieangebote reflektieren als auch im Zusammenspiel unterschiedlicher Ansätze hypothetische Szenarien hinsichtlich einer künftigen europäischen und/oder globalen Friedensordnung (und deren Verhältnis zueinander) entwickeln.

12:30 - 13:00 Uhr **Abschlussrunde**

13:00 Uhr Ende und Abreise
Mittagsimbiss